



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Das Meinungsbild der Wienerinnen und Wiener

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

Dezember 2021

Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Wien	5
Ergebnisse	6
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	6
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	6
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Wien	7
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	8
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	9
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	15
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	16
Pressespiegel	18
Bilder der EU-Zukunftstour in Wien	19
Resümee	20

Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.¹ Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentschaftswahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z. B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

¹ Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf

Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** (www.market.at) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

Umfrage Wien

Die **Umfrage** in Wien wurde vom **30. September bis 3. Oktober 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die Wiener Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.² Im Lauf der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führte, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), in den vergangenen Monaten auch in der Bundeshauptstadt unterwegs, um mit den Bürgerinnen und Bürgern das direkte Gespräch über Europa zu suchen, ihre Vorstellungen, Kritik und Anregungen zur Zukunft der EU einzusammeln.³

Der Auftakt der Zukunftstour in Wien war bereits am 15. Dezember 2020 mit der Europa Club – Veranstaltung „Welche Reformen braucht jetzt Europa? Die Europa-Zukunftsdebatte zum Abschluss des Corona-Jahres 2020“ mit Bürgermeister Michael Ludwig, Bundesministerin Karoline Edtstadler, Bundesministerin Leonore Gewessler und MEP Claudia Gamon erfolgt.⁴



Am 26. Mai 2021 wurde in einer Pressekonferenz im Haus der Europäischen Union in Wien, die gemeinsam mit dem Zukunftsfonds der Republik Österreich durchgeführt wurde, der offizielle „Startschuss“ zur EU-Zukunftstour gegeben.⁵



© Vertretung der EU
Kommission in Österreich/APA-
Fotoservice/Hörmandinger

² Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

³ Siehe: „Wiener haben positives EU-Bild und wünschen sich mehr gemeinsames Handeln in Europa“, APA-OTS, 08.12.2021, <https://bit.ly/3EDVSxR>

⁴ Siehe: Video der Veranstaltung auf: <https://bit.ly/32xx0tz>

⁵ Siehe: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik und Europäische Kommission suchen in allen Bundesländern das Gespräch über Europa, APA-OTS, 26. Mai 2021, <https://bit.ly/3qnL8xs>

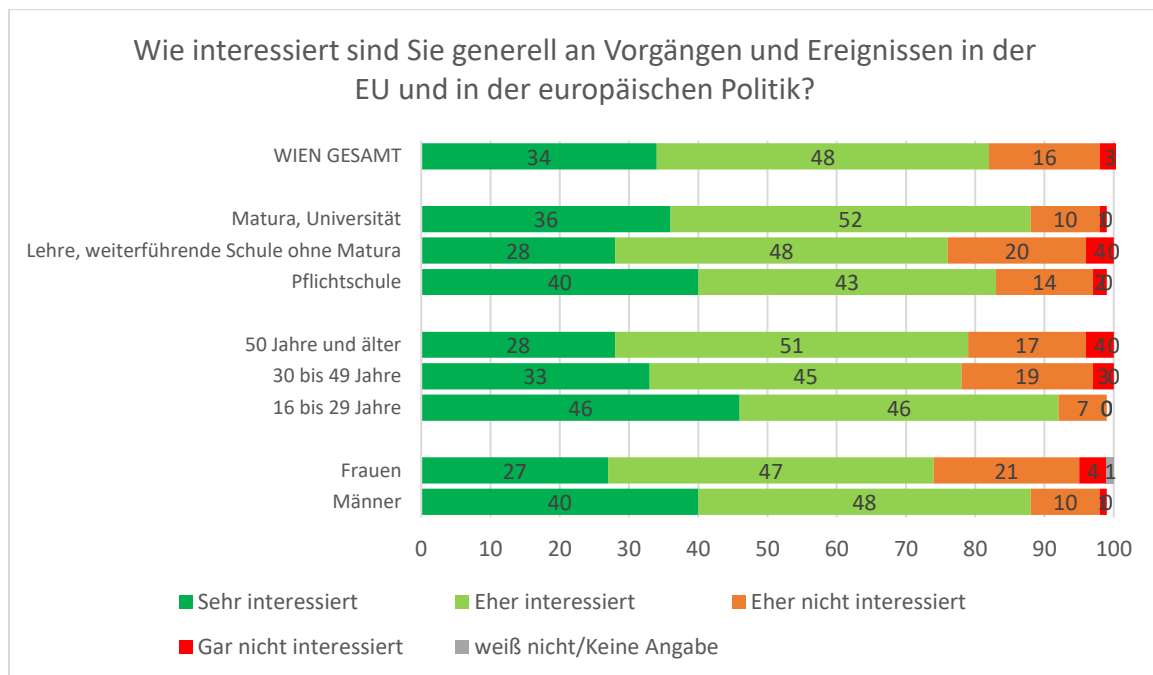
Ergebnisse

Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

Mehr als acht von zehn Wienerinnen und Wienern zeigen sich an Vorgängen und Ereignissen in der EU und in der europäischen Politik interessiert, davon 34 Prozent „sehr“ und 48 Prozent „eher“. Ein knappes Fünftel zeigt sich demgegenüber „eher nicht“ (16 Prozent) oder „gar nicht“ (3 Prozent) interessiert.

Das Europa-Interesse ist besonders bei den Jüngsten im Alter von 16 bis 29 Jahre ausgeprägt – über neun von zehn Befragten bekunden Interesse. Ebenfalls sehr stark wird dieses von WienerInnen mit Matura/Universitätsausbildung angegeben (88 Prozent). Männer geben häufiger ihr Interesse an Europapolitik an als Frauen (88 zu 74 Prozent).

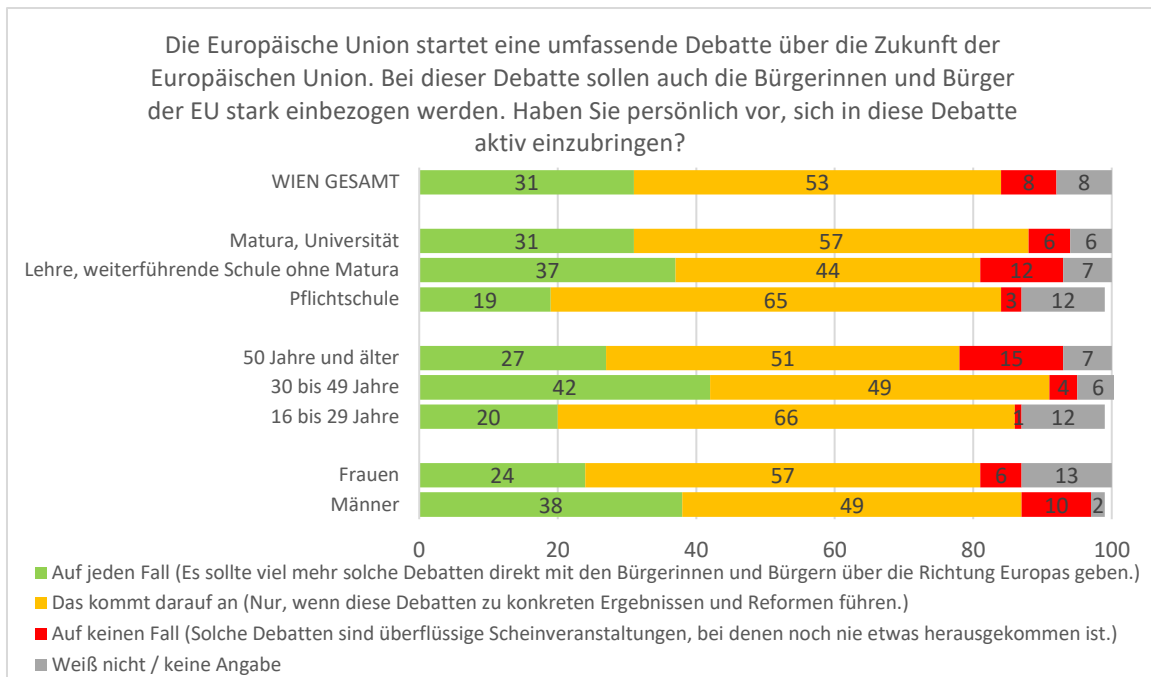
Am geringsten ist das Interesse am europäischen Geschehen bei Frauen (25 Prozent) sowie Befragten, die eine Lehre oder weiterführende Schule ohne Matura absolviert haben (24 Prozent).



Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Drei von zehn Befragten in Wien geben an, sich „sicher“ an der mit 5. Mai 2021 gestarteten Debatte über die Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen. Weitere 53 Prozent sagen, dass sie sich eine Teilnahme vorstellen könnten, wenn „diese Debatten zu konkreten Ergebnissen und Reformen führen“. 8 Prozent halten die EU-Zukunftsdebatte hingegen für eine Scheindebatte und haben daher nicht die Absicht, daran zu mitzuwirken. Weitere 8 Prozent können sich zu dieser Frage nicht äußern.

Die Gruppe der 30 bis 49-Jährigen ist jene, die am häufigsten angibt, sich in jedem Fall an der Zukunftsdebatte beteiligen zu wollen (42 Prozent). Auch Männer (38 Prozent) und Befragte mit Lehre (37 Prozent) geben dies in relativ starkem Ausmaß an. Dagegen sagen WienerInnen mit Pflichtschulabschluss und die 16 bis 29-Jährigen nur zu einem Fünftel, sich sicher einzubringen.



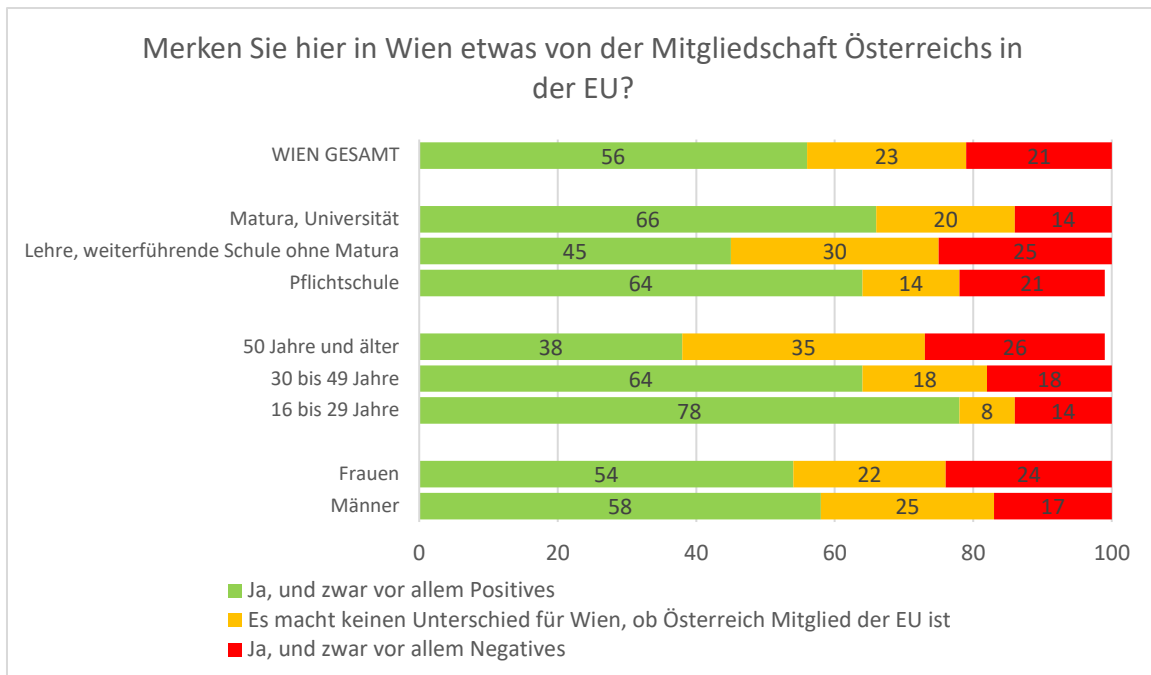
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf Wien

Mehr als die Hälfte der befragten Wienerinnen und Wiener (56 Prozent) bemerkt durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union vor allem Positives für das eigene Bundesland. 21 Prozent sehen hingegen die Nachteile überwiegen. Für 23 Prozent halten sich positive und negative Auswirkungen die Waage.

Je jünger die Befragten sind, desto eher machen sich die positiven Aspekte der Mitgliedschaft für sie bemerkbar: So sind 78 Prozent der 16 bis 29-Jährigen davon überzeugt, dass Wien durch die Mitgliedschaft in der EU profitiert, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 64 Prozent, bei den über 50-Jährigen fällt der Wert dagegen auf 38 Prozent. In der letztgenannten Gruppe sagen 26 Prozent, dass sich vor allem negative Folgen bemerkbar machen würden.

Vor allem Positives sehen etwa zwei Drittel der Befragten mit Matura/Universitätsabschluss sowie mit abgeschlossener Pflichtschulausbildung. WienerInnen mit Lehre schließen sich diesem Urteil nur zu 45 Prozent an.

Das Meinungsbild von Männern und Frauen gestaltet sich in dieser Frage recht ähnlich. Frauen äußern sich dabei jedoch etwas skeptischer als Männer.

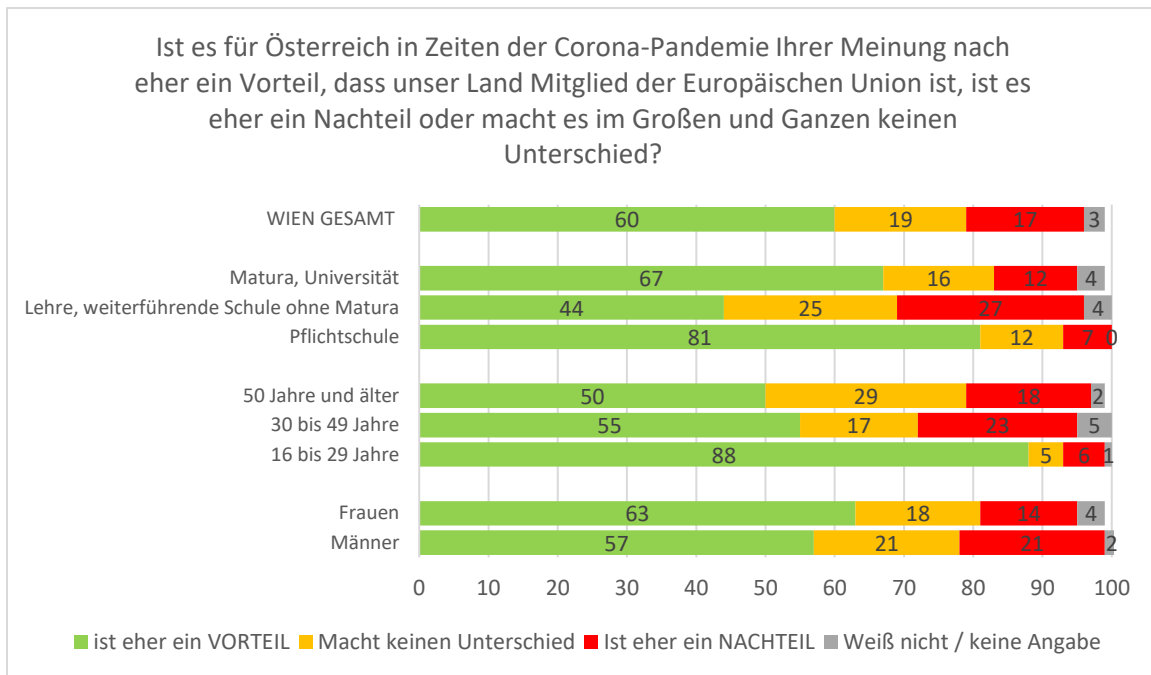


EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

Sechs von zehn WienerInnen sind der Überzeugung, dass es angesichts der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der Europäischen Union zu sein. 17 Prozent sehen darin eher einen Nachteil. Für 19 Prozent ist dieser Aspekt unerheblich.

Mit großem Abstand sind junge WienerInnen im Alter von 16 bis 29 Jahren sowie Befragte mit Pflichtschulabschluss der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft in Zeiten der Pandemie eine gute Sache ist. Auch Personen mit Matura/Universitätsabschluss äußern sich zu zwei Drittel in diesem Sinn.

Am skeptischsten sind hingegen jene Wienerinnen und Wiener, die eine Lehre oder eine weiterführende Schule ohne Matura besucht haben: Hier sehen 27 Prozent explizit mehr Nachteile. 23 Prozent der 30 bis 49-Jährigen und 21 Prozent der Männer schließen sich dieser Meinung an.



Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

Die Wienerinnen und Wiener sind der Ansicht, dass die Europäische Union die „**Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**“ an die oberste Stelle ihrer Prioritäten setzen sollte. An zweiter Stelle folgt der „**Klima- und Umweltschutz**“, mit etwas Abstand werden eine „**gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik**“ und die „**Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich**“ genannt. Die „**Stärkung der Demokratie auf europäischer Ebene**“ ist ein weiterer Bereich, der von über der Hälfte der Befragten als Top-Priorität gesehen wird. Dagegen spielen die „**Stärkung der globalen Stellung der EU**“ sowie eine „**Stärkung der Regionen in der EU**“ eine untergeordnete Rolle.

Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

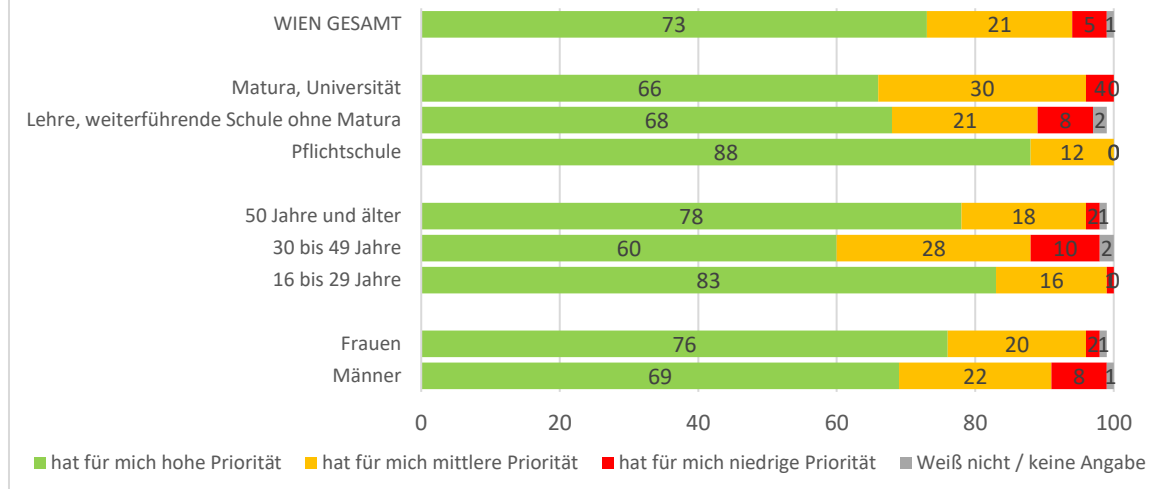
Knapp drei Viertel der befragten Wienerinnen und Wiener (73 Prozent) ist es wichtig, dass die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen für die EU an oberster Stelle stehen sollte. Für ein Fünftel (21 Prozent) hat das Thema „mittlere Priorität“, nur 5 Prozent sehen es als untergeordnet an.

Befragte mit Pflichtschulabschluss sind jene Gruppe, die am stärksten (zu 88 Prozent) wünschen, dass die EU hier aktiv wird, ähnlich hoch ist dieser Anteil bei den 16 bis 29-Jährigen mit 83 Prozent. Auch die Altersgruppe 50+ (78 Prozent) und Frauen (76 Prozent) sehen die Union hier besonders gefordert.

Für Befragte der mittleren Alterskategorie (30 bis 49 Jahre) soll dieser Bereich dagegen „nur“ zu 60 Prozent hohe Priorität für die EU haben.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINDÄMMUNG DER CORONA-PANDEMIE UND IHRER FOLGEN



Klima- und Umweltschutz

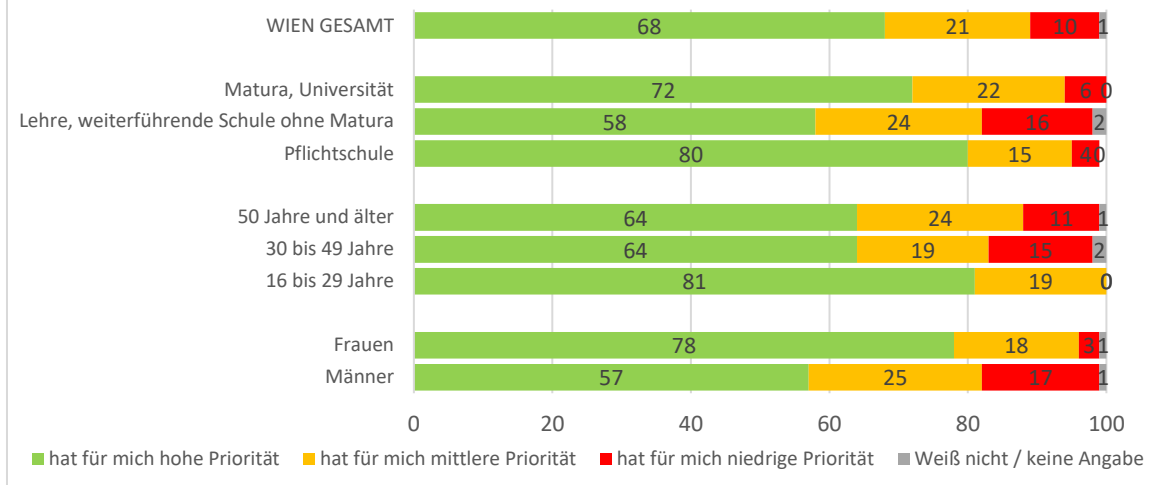
Etwas mehr als zwei Drittel der Wienerinnen und Wiener möchten, dass die Europäische Union den Klima- und Umweltschutz als Top-Thema auf ihre To-Do-Liste setzt. Für ein Fünftel hat dies mittlere Priorität, für ein Zehntel ist das Thema nicht vordringlich.

Die jüngsten Befragten im Alter zwischen 16 und 29 Jahren sowie WienerInnen mit Pflichtschulabschluss sind jene Gruppen, die sich häufigsten verstärktes EU-Engagement in diesem Bereich wünschen (81 bzw. 80 Prozent). Das Thema liegt auch Frauen besonders am Herzen (78 Prozent).

Für weniger akut halten es dagegen Männer (57 Prozent: „hohe Priorität“) und Befragte, die eine Lehre oder weiterführende Schule ohne Matura besucht haben (58 Prozent).

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ



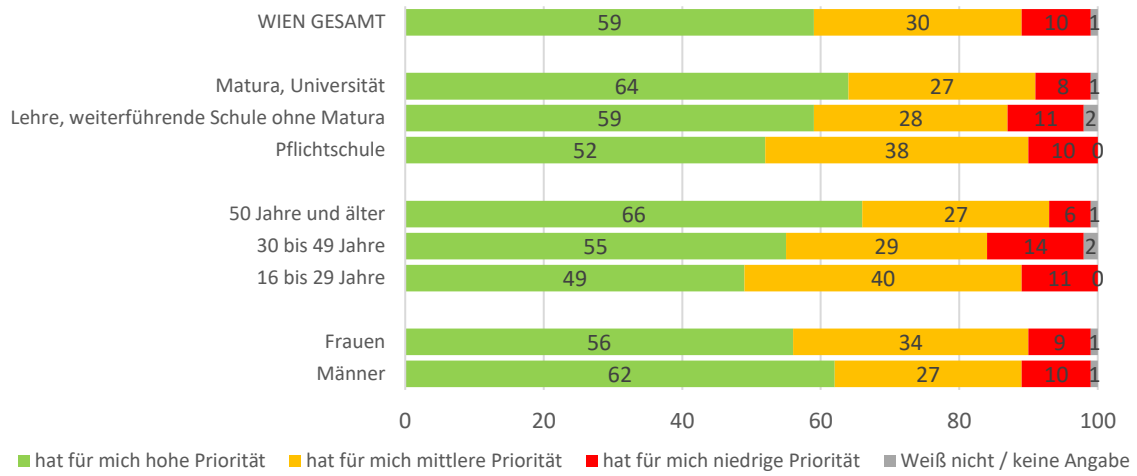
Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

Für 59 Prozent der Befragten soll die EU vorrangig eine einheitliche Migrations- und Asylpolitik auf den Weg bringen. Drei von zehn WienerInnen betrachten dies als mittlere Priorität für die EU, ein Zehntel sieht hier wenig Handlungsbedarf.

Männer messen diesem Bereich etwas höhere Priorität zu als Frauen (62 zu 56 Prozent). Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad und höherem Alter wird es als dringlicher erachtet. So sagen 64 Prozent der Personen mit Matura/Universitätsausbildung, dass die Entwicklung einer einheitlichen Migrations- und Asylpolitik für die EU an erster Stelle ihrer Tätigkeit stehen sollte, auf Befragte mit Pflichtschulabschluss trifft dies nur zu 52 Prozent zu. Die Generation 50+ sieht eine solche zu zwei Dritteln als vorrangig an, bei den Jüngsten bis 29 Jahre sind es dagegen knapp die Hälfte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

EINE EINHEITLICHE EU-MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK



Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich

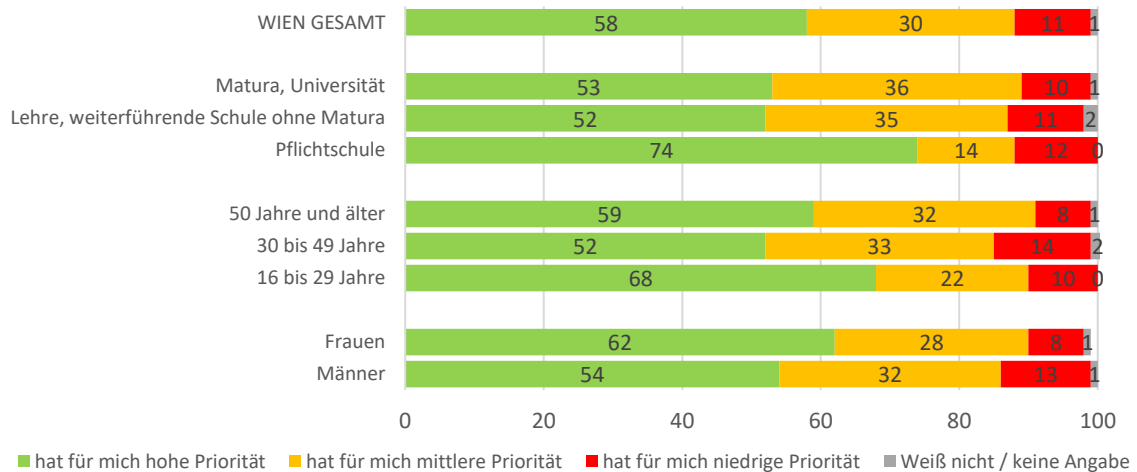
58 Prozent der Menschen in Wien ist es ein besonders großes Anliegen, dass die EU Bemühungen zur Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich auf ihre Themenliste setzt. Drei von zehn Befragten sehen darin eine mittlere Priorität für die EU, ein Zehntel hält es nicht für notwendig, dass die EU hier besonderen Einsatz zeigt.

Dieses Thema ist ganz besonders WienerInnen mit Pflichtschulabschluss (ohne weiterer Ausbildung) wichtig: 74 Prozent sehen darin eine hohe Priorität für die Union. Junge Befragte zwischen 16 und 29 teilen diese Meinung ebenfalls in hohem Ausmaß (zu 68 Prozent).

Dagegen sind nur etwas mehr als die Hälfte der anderen Bildungsgruppen, der männlichen Befragten und der 30 bis 49-Jährigen der Meinung, dass die Europäische Union hier starke Akzente setzen soll.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE KLUFF ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN

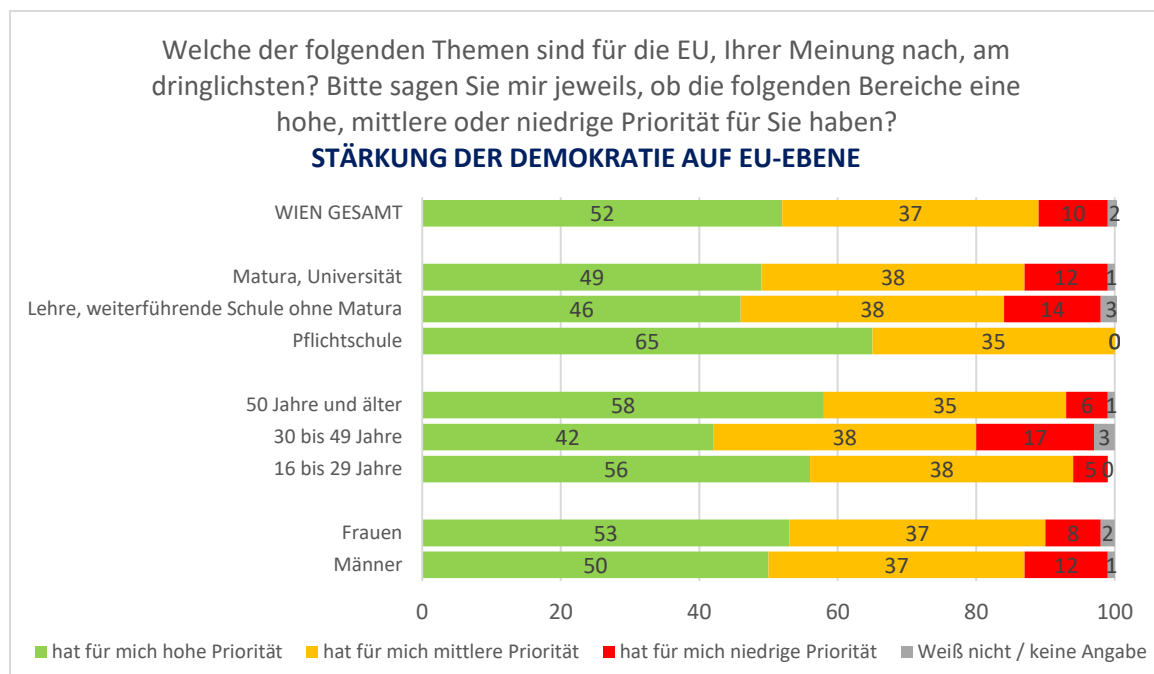


Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten in der Bundeshauptstadt treten dafür ein, dass die Europäische Union die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene ganz oben auf ihren Arbeitsplan setzt. Knapp vier von zehn messen diesem Bereich eine mittlere Priorität zu. Ein Zehntel sagt, dass für sie das Thema keine besondere Priorität hat.

Eine Stärkung der Demokratie auf europäischer Ebene wünschen sich am häufigsten WienerInnen mit Pflichtschulabschluss (65 Prozent), Befragte ab 50 (58 Prozent) und die jüngsten bis 29 Jahre (56 Prozent).

Befragten aus der mittleren Altersgruppe zwischen 30 und 49 Jahren ist dieser Bereich im Vergleich am wenigsten wichtig.

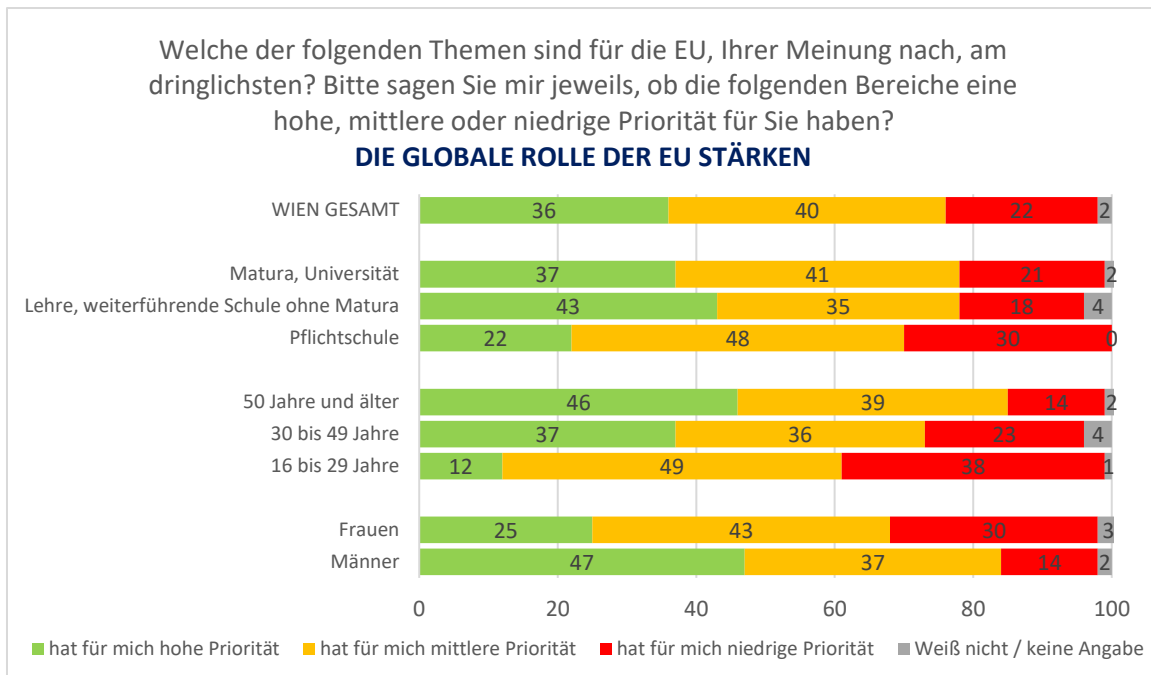


Stärkung der globalen Rolle der EU

36 Prozent der Befragten halten es für sehr wichtig, dass die globale Rolle der EU künftig gestärkt wird. Für vier von zehn hat dies mittlere Priorität. Etwas mehr als ein Fünftel gibt an, dass sie eine stärkere EU auf der Weltbühne als weniger dringlich betrachten.

Ein in der Welt stärker auftretendes Europa hat für Männer mehr Relevanz als für Frauen („hohe Priorität“: 47 zu 25 Prozent). Je älter die Befragten sind, desto eher wünschen sie sich, dass die EU sich global stärker positioniert: Fast die Hälfte der Generation 50+ möchte dies als „hohe Priorität“ verstanden wissen, während nur etwas mehr als ein Zehntel der Jüngsten bis 29 Jahre diese Meinung vertritt. Für 38 Prozent in der letztgenannten Gruppe hat dieser Bereich keine hohe Priorität.

Ein global starkes Europa ist eher für Befragte mit Matura/Uniabschluss (37 Prozent) und für WienerInnen mit Lehre (43 Prozent) ein Thema, weniger für Personen mit Pflichtschulausbildung, die darin zu 22 Prozent eine „hohe“, jedoch zu 30 Prozent eine „niedrige“ Priorität für die EU sehen.



Stärkung der Rolle der Regionen in der EU

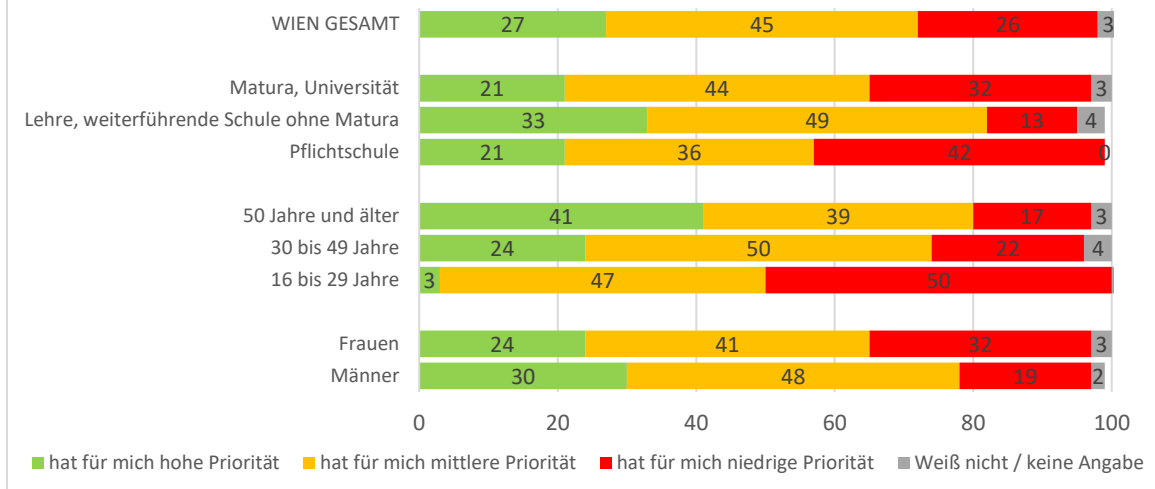
Eine Stärkung der Regionen in der EU spielt für die Wienerinnen und Wiener im Themenvergleich eine eher untergeordnete Rolle. 27 Prozent ist es zwar ein großes Anliegen, 45 Prozent sehen darin jedoch nur eine mittlere, 26 Prozent sogar nur eine niedrige Priorität für die Union.

WienerInnen ab 50 Jahre sind jene Gruppe, die sich am häufigsten eine Stärkung der Regionen in der EU wünscht. Befragte zwischen 30 und 49 betrachten dies dagegen nur zu 24 Prozent als hohe Priorität, die Jüngsten bis 29 sogar nur zu 3 Prozent. In letztgenannter Kategorie hält die Hälfte der Befragten eine Stärkung der Regionen für nicht vorrangig.

Auch in den Befragungsgruppen der PflichtschulabsolventInnen (42 Prozent), Personen mit Matura/Uniabschluss und Frauen (je 32 Prozent) ist ein recht großer Anteil der Ansicht, dass dieses Thema für die EU nicht im Vordergrund stehen sollte.

Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN

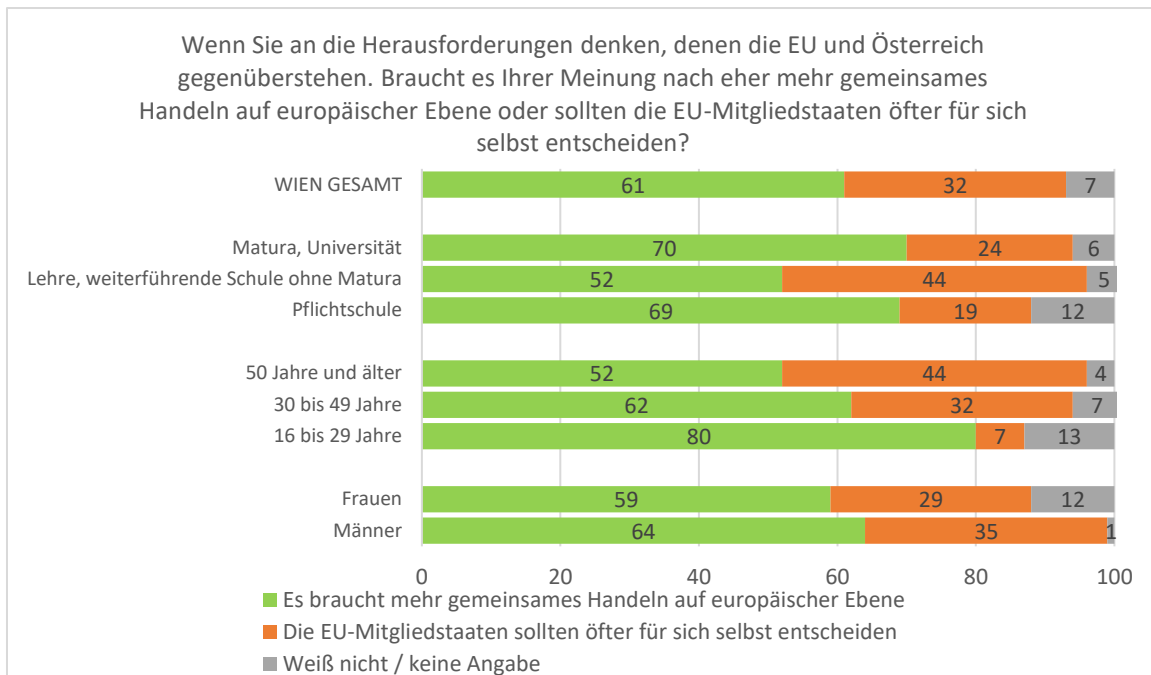


Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

61 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass „**mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene**“ notwendig ist, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 32 Prozent würden es für sinnvoller halten, dass künftig die „**EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden**“ sollten. 7 Prozent können oder wollen diese Frage nicht beantworten.

Je jünger die Befragten sind, desto eher plädieren sie für mehr gemeinsames Handeln: 80 Prozent der 16 bis 29-Jährigen äußern sich in diesem Sinn, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 62 Prozent, bei Personen über 50 sind es 52 Prozent.

Während sich sieben von zehn Befragten mit Matura/Uniabschluss und mit Pflichtschulausbildung für „mehr Europa“ deklarieren, sind es unter WienerInnen mit Lehre 52 Prozent. In dieser Gruppe wünschen sich 44 Prozent, dass künftig die Nationalstaaten häufiger das Sagen haben. Damit sind sie – gemeinsam mit der Altersgruppe 50plus – die stärksten BefürworterInnen vermehrten nationalstaatlichen Handelns.



Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

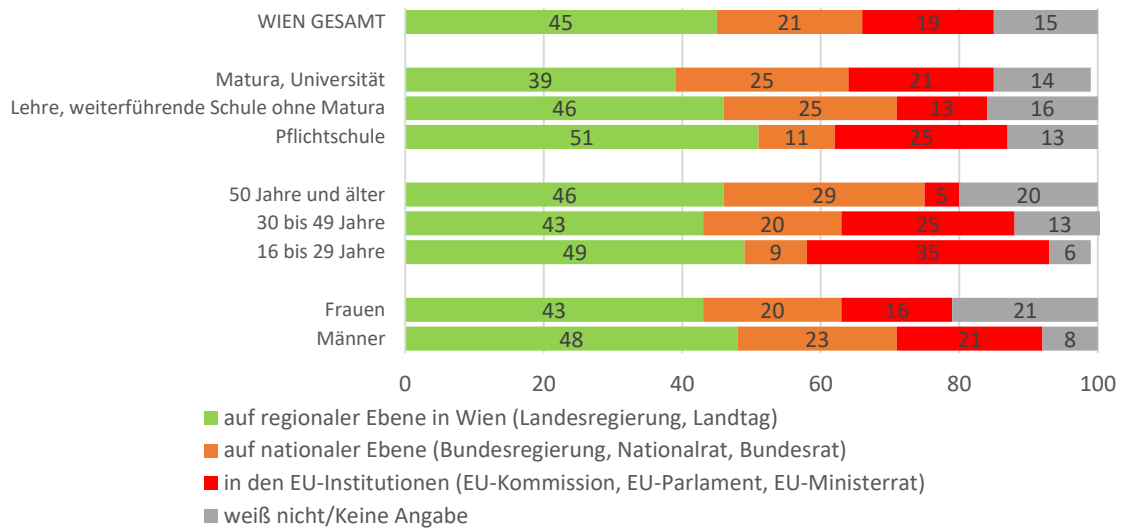
Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, haben 45 Prozent der befragten Wienerinnen und Wiener das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 21 Prozent geben in dieser Frage der **nationalen Ebene** den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 19 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). 15 Prozent können zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

Das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** ist im Vergleich zu anderen Ausbildungsgruppen bei den Personen mit Pflichtschulabschluss am größten (51 Prozent). Bei Befragten mit Lehre beträgt er 46 Prozent, bei WienerInnen mit Matura/Universitätsausbildung liegt er bei 39 Prozent. In anderen Befragungsgruppen gibt es keine großen Unterschiede im Meinungsbild.

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** haben WienerInnen ab 50 mit 29 Prozent. Personen mit Matura/Uniabschluss bzw. Lehre sagen zu 25 Prozent, dass sie, wenn es um persönliche Entscheidungen geht, am ehesten den Bundesinstitutionen vertrauen.

Die Vertrauenswerte in die **EU-Institutionen** sind unter den 16 bis 29-Jährigen am höchsten: 35 Prozent geben an, dass sie bei Entscheidungen, die die persönliche Zukunft betreffen, ihnen an erster Stelle vertrauen. Am seltensten (zu 5 Prozent) teilen Befragte über 50 Jahre diese Meinung. Allerdings kann ein Fünftel in dieser Gruppe zu dieser Frage nicht Stellung beziehen, was übrigens auch auf die Gruppe der Frauen zutrifft.

Bei politischen Entscheidungen, die meine Zukunft betreffen, habe ich das größte Vertrauen in die Entscheidungsträger/innen...



Pressespiegel

Wiener haben positives EU-Bild und wünschen sich mehr gemeinsames Handeln in Europa (APA-OTS, 08.12.2021)

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211208_OT50052/wiener-haben-positives-eu-bild-und-wuenschen-sich-mehr-gemeinsames-handeln-in-europa-bild

Bilder der EU-Zukunftstour in Wien



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Resümee

Zum Abschluss ihrer umweltfreundlichen EU-Zukunftstour quer durch Österreich hieß es für Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), wieder zurück an den Start. In der Bundeshauptstadt konnten beide EU-Radler in vielen Gesprächsrunden sowohl konstruktive Kritik als auch Wünsche und Anregungen der Wienerinnen und Wiener für die EU-Zukunftsdebatte mitnehmen. Die Themenpalette war bunt: Die Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Klimapolitik, eine entemotionalisierte Asyl- und Migrationsagenda, die Absicherung öffentlicher Dienstleistungen und der Daseinsvorsorge sowie mehr internationale Steuergerechtigkeit wurden ebenso vorgebracht wie Wien-spezifischere Ideen, etwa ökologische Wohnbauprojekte oder die Aktualisierung des anlässlich der EU-Erweiterung 2014 im Sigmund-Freud-Park errichteten Europa-Tisches.

Die vielen Begegnungen in Wien, zu denen auch die Europe-Direct-Stelle maßgeblich beigetragen hat, wurden mit einer begleitenden Meinungsumfrage abgerundet. Das Fazit: Die Befragten wünschen sich mehr gemeinsame europäische Entscheidungen und bewerten die Mitgliedschaft in der EU – auch in Pandemie-Zeiten – durchwegs positiv.

Mehr als die Hälfte der Wienerinnen und Wiener (56 Prozent) bemerkt laut der vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten Umfrage durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union vor allem Positives für das eigene Bundesland. 21 Prozent sehen hingegen die Nachteile überwiegen. Für 23 Prozent halten sich positive und negative Auswirkungen die Waage. Sechs von zehn WienerInnen sind der Überzeugung, dass es angesichts der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der Europäischen Union zu sein. 17 Prozent sehen darin eher einen Nachteil. Für 19 Prozent ist dieser Aspekt unerheblich. Im Vergleich der Bundesländer haben die Wienerinnen und Wiener damit den positivsten Eindruck von der EU-Mitgliedschaft.

„Wer Europa in kommunaler und regionaler Verantwortung täglich konstruktiv lebt, der erntet eine positive EU-Stimmung bei den Menschen und kann sich dann auf solider Grundlage mit Gewicht in die europäischen Entscheidungen einbringen. Genau das tut Wien seit vielen Jahren, in enger Zusammenarbeit mit den auf europäischer Ebene Handelnden“, sagte EU-Botschafter Martin Selmayr zum Ergebnis der Meinungsumfrage. „Die positive EU-Stimmung der Wienerinnen und Wiener ist ein starkes Pfund, mit dem Wien in Europa wuchern kann, ob bei der Gestaltung klimafreundlicher Städte mit bürgernahen, digitalisierten Verwaltungen, ob bei der erfolgreichen Lukrierung von EU-Projekten im Sozial- und Migrationsbereich oder bei der Zusammenarbeit mit anderen Städten in Europa bei der notwendigen Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Wienerinnen und Wiener haben zudem in der EU-Zukunftsdebatte zahlreiche spannende Vorschläge für ein besseres, toleranteres, sozialeres, klimafreundlicheres und vor Ort greifbareres Europa gemacht. Ich freue mich auf weiter sehr gute Zusammenarbeit mit Bürgermeister Michael Ludwig und seinem Team bei der Umsetzung dieser Konzepte.“

„Der offene und internationale Charakter Wiens führt zu einem im Bundesländervergleich und trotz Corona-Zeiten durchwegs positiven EU-Stimmungsbild. Denn viele der Herausforderungen, denen die Europäische Union als Ganzes gegenübersteht, spiegeln sich in Städten, in kleinerem Rahmen wider. Gerade soziale Fragen sind hier besonders spürbar und ein Miteinander unterschiedlichster Nationalitäten und Kulturen gelebter Alltag“, betont ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt. „Das Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen und die Notwendigkeit des Kompromisses sind sowohl auf regionaler als auch auf europäischer Ebene die Grundlage für ein erfolgreiches Gestalten. Fast drei Viertel der EU-Bürgerinnen und -Bürger leben in Städten – umso wichtiger ist es daher auch, dass ihre Anliegen Gehör finden und sie sich bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union mit gewichtiger Stimme einbringen.“

Eindämmung der Corona-Pandemie ist wichtigstes Anliegen

Die Menschen in der Bundeshauptstadt sind der Ansicht, dass die Europäische Union die „Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ an die oberste Stelle ihrer Aufgabenliste setzen sollte („hohe Priorität“: 73 Prozent). An zweiter Stelle folgt der „Klima- und Umweltschutz“ (68 Prozent), mit etwas Abstand werden eine „gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik“ (59 Prozent) und die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich“ (58 Prozent) genannt.

61 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass „mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“ notwendig ist, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 32 Prozent würden es für sinnvoll halten, dass die „EU-Mitgliedstaaten künftig öfter für sich selbst entscheiden“. Befragte ab 50 sowie Personen mit Lehre sprechen sich am häufigsten dafür aus. 7 Prozent können oder wollen diese Frage nicht beantworten.

Mehr als acht von zehn Wienerinnen und Wienern zeigen sich an Vorgängen und Ereignissen in der EU und in der europäischen Politik interessiert, davon 34 Prozent „sehr“ und 48 Prozent „eher“. Ein knappes Fünftel zeigt sich demgegenüber „eher nicht“ (16 Prozent) oder „gar nicht“ (3 Prozent) interessiert. Je jünger die Befragten sind, desto stärker ist das Interesse.

Drei von zehn Befragten in Wien geben an, sich „sicher“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte über die Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen. Weitere 53 Prozent sagen, dass sie sich eine Teilnahme vorstellen könnten, wenn „diese Debatten zu konkreten Ergebnissen und Reformen führen“.

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, haben 45 Prozent das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf regionaler Ebene (also in Landesregierung und Landtag), 21 Prozent geben in dieser Frage der nationalen Ebene den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 19 Prozent nennen die EU-Institutionen (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat).

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt
Generalsekretär
paul.schmidt@oegfe.at

Mag. Stefan Schaller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
stefan.schaller@oegfe.at

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: europa@oegfe.at | Web: www.oegfe.at